

Krafauer Zeitung.

Nr. 288.

Freitag den 16. December

1864.

Die „Krafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafaus 3 fl., mit Verleumdung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Casse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anzeigenteil für die viergespaltene Zeile 5 Kr., im Anzeigenteil für die erste Einrückung 3 Kr., für jede weitere 2 Kr., Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Jänner f. J. beginnende neue Quartal der

„Krafauer Zeitung.“

Der Prämumerations-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1865 beträgt für Krafaus 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzufendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafaus mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Nuttlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Wittmeister im Großfürst Nicolaus von Anhalt 2. Husaren-Regiment, Wilhelm Grafen Sigmund, die k. k. Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. December d. J. dem Landmann Jwan Gymbal zu Wolos-Potomyska in Galizien in Anerkennung seiner bewährten lokalen Thätigkeit das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. December d. J. den bischöflichen Rath, Confessorialbeisitzer und Professor an der theologischen Facultät in Brünn Franz Suzzil zum Ehrenbürger an der Brünner Kaiserstadt allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. September und 7. December d. J. der Direction der Postendirektion Baumwollspinnerei und Weberei, dem Wollweber Alexander Ritter v. Schöller, den Pächtern der Neuseider und Bittlingthaler Kohlenwerke Sigbors Söhne und Hermann Wittgenstein, dann den Papierfabrikbesitzern Leopold Franz Leidesdorf und Comp. die Concession zum Bau und Betrieb einer Ecomotiv-Eisenbahn von Wiener-Neustadt nach Grammer-Neusiedl allergnädigst zu erteilen geruht.

Das Finanzministerium hat den Finanzprocurators-Adjuncten und Titular-Finanzrath, Dr. Franz Domanyil, zum wirklichen Finanzrath bei der Finanzprocuratur in Brünn ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafaus, 16. December.

Die Verhandlungen mit Preußen, um zu einer Verständigung über die Zukunft Schleswig-Holsteins zu gelangen, deren Resultat alsdann, wenigstens nach der österreichischen Auffassung, dem Bunde zur competenten Entscheidung zu unterbreiten sein würde, dauern unausgesetzt fort. Ueber die Aussicht zu einem Resultat zu gelangen, schreibt ein Wiener Correspondent der „Böh.“: Es würde nicht ganz genau sein, wenn man sagen wollte, es bestehe hier die Hoffnung, daß diese Verständigung sich werde erreichen lassen; vielmehr würde es der Sachlage mehr entsprechen, wenn man sagte, die Hoffnung sei noch immer nicht ausgegeben. Die für den Augenblick noch im Hintergrund stehenden selbstständigen preussischen Erbansprüche, die Meldungen von Sonderverhandlungen zwischen dem Herzog von Augustenburg und dem Berliner Cabinet, die Gerüchte endlich von gewissen Abtretungen in der preussischen Rheinprovinz, welche den Preis für eine erwartete französische Unterstützung kaum mehr gelegener Annerxionsbestrebungen darstellen würden — das Alles sind Momente, welche unverbürgt und selbst unglücklich, wie sie sein mögen, doch ein Mißtrauen und eine Unsicherheit in die österreichisch-preussischen Beziehungen tragen, die die ohnehin schwierige und complicirte Situation nur noch schwieriger und complicirter gestalten. Auf der anderen Seite scheint sich hier der Wunsch und das Bedürfnis geltend zu machen, sich den deutschen Mittelstaaten wieder mehr zu nähern, und auch die dahin zielenden Schritte werden voraussichtlich nicht dazu beitragen, das Band der preussischen Allianz fester zu knüpfen.

Der „Wiener Lloyd“ schreibt: Die Dinge verwickeln sich mehr und mehr. Der Triasgebirge tritt wieder in den Vordergrund und die österreichisch-preussische Allianz befindet sich in einer Krise, welche das Fortbestehen der Allianz kaum mehr hoffen läßt. Daß Preußen in der Erbfolgefrage keine Concessionen an Oesterreich gemacht habe, wird jetzt auch allseitig bestätigt. Preußen hatte nur erklärt, in die Verhandlungen über die Erbfolgefrage sofort eintreten zu wollen; damit ist aber nicht gesagt, daß Preußen die Erbfolgefrage in einer den österreichischen Intentionen entsprechenden Weise zum Austrage bringen wolle. Daß dieser Beschluß in Berlin wirklich besteht, dürfte aber um so mehr zu bezweifeln sein, als sicherem Vernehmen nach sich das preussische Ca-

binet mit dem Entwurfe nicht einverstanden erklärt hat, welcher das diesseitige Cabinet nach Berlin übermittelte und der den gemeinschaftlichen Antrag behandelt, welcher in der Erbfolgefrage am Bunde zu stellen wäre. Preußen wird jetzt wahrscheinlich einen Gegenvorschlag nach Wien richten, worüber dann weitere Verhandlungen stattfinden dürften, so daß es mit der Lösung der Erbfolgefrage kaum so schnell gehen dürfte, als dies officiös angekündigt worden ist, ganz abgesehen von besonderen Zwischenfällen, deren Eintreten keineswegs außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt, auf welche man aber hier nicht reflectiren zu dürfen glaubt.

Das „Recht“ schreibt: Es wird behauptet, es sei von hier eine Note nach Berlin ergangen, worin positiv erklärt worden, daß Oesterreich eine Annerxion der Herzogthümer durch Preußen nicht zugeben werde; ferner wird erzählt, das österreichische Cabinet habe nicht nur auf die Lösung der Successionsfrage gedrungen, zugleich einen Termin gesetzt oder gefordert für die Anerkennung des von Oesterreich als geeignet bezeichneten Regenten. Das sind nun aber starke Ueberreibungen, da sich Preußen bis jetzt in keiner Phase der Verhandlungen officiös zu annerxionistischen Bestrebungen bekennet, solche vielmehr desavouirt hat, so wie auch für das Wiener Cabinet noch keine Aufforderung gegeben, die Annerxionspolitik förmlich auf die Tagesordnung zu bringen. Auch bedurfte er keiner Bezeichnung eines Termins, um der nach Berlin ergangenen Darlegung allen nöthigen Nachdruck zu verleihen, daß der gegenwärtige Zwischenstand in den Herzogthümern unmöglich länger dauern könne, ohne die Ruhe und den Frieden Deutschlands ernsthaft zu gefährden. Dieser Standpunkt ist allerdings mit derselben Entschiedenheit angenommen worden wie er behauptet werden wird.

Aus Berlin wird der „Weser-Ztg.“ geschrieben: Eine längere Besprechung, welche der Herr Ministerpräsident mit dem Baron v. Werther, dem hiesher beschiedenen preussischen Gesandten in Wien, in diesen Tagen gehabt hat, soll sich ausschließlich mit dem Schicksale der Herzogthümer und mit der Stellung der österreichischen Regierung zu den preussischen Absichten beschäftigt haben. Bei dem Widerstande, der nach den Aeußerungen des Herrn v. Werther von Seiten Oesterreichs mit Sicherheit zu erwarten steht, dürfte schon nächstens das bisherige freundschaftliche Verhältniß der beiden deutschen Großmächte eine wesentliche Störung erleiden.

Nach der „Ind. belg.“ soll eine neue Conferenz zusammentreten, um über die schleswig-holsteinische Erbfolge Angelegenheit zu entscheiden. Die Conferenz würde in Wien oder in Berlin abgehalten werden, eine vorläufige Vereinbarung über die Frage, wer der künftige Herzog sein werde erzielen, und dieselbe sodann dem Bunde durch die beiden deutschen Großmächte vorlegen lassen.

In Wien soll ein diplomatischer Agent des bairischen Hofes eingetroffen sein, welcher, wie ein Berliner Blatt versichert, Sr. Majestät dem Kaiser einen Brief des Königs von Baiern zu übergeben habe. Außerdem soll dieser Diplomat im Besitze von Vollmachten sein, um mit dem Wiener Cabinet unterhandeln zu können. Als der Gegenstand der Unterhandlung wird das österreichisch-preussische Bündniß bezeichnet. Ueber diese diplomatische Sendung hat unseres Wissens noch von keiner anderen Seite her das Mindeste verlautet.

Die „Prov. Corr.“ schreibt: Endgiltig ist es noch nicht entschieden, ob die Regierung für die Herzogthümer ihren Sitz in Kiel oder Schleswig nehmen werde. Die Anerkennungserklärungen der Beamten in den Herzogthümern sind noch nicht allseitig eingegangen; es ist unzweifelhaft, daß dieselben als bald eingeht. Einige Schwierigkeiten werden jedenfalls rasche Beseitigung finden. Das Obercommando in den Herzogthümern wird seinen Sitz in Kiel nehmen. Die weitere Erledigung der Herzogthümerfrage ist zunächst Gegenstand vertraulicher Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich. Gegenüber den Gerüchten über eine Abtretung Nord-Schleswigs darf man überzeugt sein, daß Preußen nicht die Hand bieten werde, um die Lösung der Herzogthümerfrage in Frage stellen zu lassen, nachdem die Regierung dieselbe seit dem Scheitern der Londoner Conferenz auf Grund der Zusammengehörigkeit der ungetheilten Herzogthümer mit Einsetzung aller Energie anstrebt. — Nunmehr werde baldigst die ernste Prüfung der mehrfach erhobenen Erbansprüche erfolgen. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß sich die preussische Regierung auf die eigenen, bereits 1846 veröffentlichten Erbansprüche zur Begründung ihrer weiteren Stellung zur Herzogthümerfrage besonders stützen werde, so muß doch, sofern Erbansprüche überhaupt ins Gewicht fallen,

auch für die preussischen Ansprüche eine gründliche Prüfung beansprucht werden.

Große Freude über die den Herzogthümern eröffneten Aussichten scheint dort zu Land nicht zu herrschen. Der „Altonaer Mercur“ schreibt: Eine im Verborgenen waltende hohe Politik oder Staatsklugheit mag es gebieten, aber sein ist es nicht, daß man fortwährend an uns herumzerrt und wie die Kage mit der Maus mit uns spielt. Man verlangt Dankbarkeit von uns, weil man uns, unser Zuthun verschmähend, mit Waffengewalt befreit hat, aber zugleich sagt man uns, wir seien erobertes Land, über das man zu verfügen habe, behandelt uns demgemäß als rechtlos, und indem man es nun erst recht ungewiß läßt, ob Schleswig-Holstein einen eigenen, beiden gemeinsamen und welchen Fürsten und was für eine Regierung es haben soll, giebt man uns den widersprechendsten Einflüssen preis, nicht wissend, ob wir uns an den Bund, an den wenigstens Holstein als Bundesland zunächst gewiesen, oder an die beiden deutschen Großmächte, die sich jenes Eroberungs- und Verfügungsrecht gemeinschaftlich zuschreiben, oder allein an Preußen, welches als gebietende Macht auftritt, zu halten haben. Wenn wir nicht wüßten und es in dieser Zeit wieder erfahren hätten, daß der Mensch zwar denkt, aber Gott lenkt, so müßten wir schier an unserer Zukunft verzweifeln. So wird aber hoffentlich auch diese verhängnisvolle Prüfungszeit unter Seinem Schutze, zu unserm Besten gereichen und uns endlich zum ersehnten Ziele führen.

Die Anforderung, einen Gehorsamsrevers an die Beamten des Landes auszustellen, ist, wie man dem „Alt. Mercur“ aus Kiel schreibt, bis jetzt nur an die Landesregierung, das Ober-Appellationsgericht, die Universität und das Sanitätscollegium ergangen. Die Universität hat eine motivirte Erklärung beschlossen, welcher fast sämtliche ordentliche und außerordentliche Professoren beigetreten sein sollen. Es heißt, das Oberappellationsgericht habe den verlangten Revers pure abgegeben.

Die „Schleswig-holstein'sche Ztg.“ meldet: Die Universität Kiel habe an die Civilcommissäre die Gesamtunterklärung abgegeben, daß sie die provisorische Landtagsregierung anerkenne, vorbehaltlich des Rechtes, sich gegen eine Annerxion, gegen die Erbansprüche Odenburgs und für die Rechte des legitimen Landesfürsten Friedrich VIII. frei auszusprechen.

Der „Economist“ ordnet die „kurhessische Frage“ kurzer Hand. Er gibt den Kurhessen den Rath, so schaarweise auszuwandern, daß Deutschland sich einmischen müßte, was aber das Volk en masse nicht leicht durchführen kann, obwohl tausende wirklich nach Amerika geflohen sind oder zweitens Preußen festlich ihr Land anzubieten, im Vertrauen, daß Preußen in seiner Lust nach Gebietserweiterung sich über jede andere Rücksicht hinwegsetzen werde. Der preussische König, meint derselbe, würde vielleicht auf das Anerbieten nicht eingehen, aber doch fühlen, daß die Popularität in Hessen ein Schritt mehr zur Oberherrschaft in Norddeutschland ist; und wenn er wollte, könnte er den Bundestag dazu bewegen, das Kurfürstenthum zu besetzen und bis zu einer Aenderung in der Thronfolge durch Bevollmächtigte zu regieren.

Ueber das von Frankreich gewünschte Kohlenbeden enthält die „Trier'sche Ztg.“ Folgendes: „Zum dritten oder vierten Male seit etlichen Wochen wird von Frankreich aus in den deutschen Correspondenzen oder in französischen Blättern selbst von einem Kohlenbeden gesprochen, welches Frankreich auf fremdem Boden erheben, resp. welches ihm auf fremdem Boden überlassen werden würde. Die „Trier'sche Ztg.“ fährt nun fort: „Dieses Kohlenbeden wird uns mit der Zeit so nahe gerückt, daß man daran ersticken könnte. Wir wollen daher auch aufhören zu thun, als ob wir blind wären; wir wollen laut sprechen: Ja, wir haben gehört und verstanden! Wie schade, daß man das Beden nicht aufheben und fortschaffen kann. Es hängen 40 Quadrastunden daran, 40 Quadrastunden deutschen Bodens! Und es sei am Ende um die 40 Quadrastunden sammt Anhängsel und Randbesatz; aber es wohnen wahrscheinlich auch Menschen darauf, Menschen, die irgend eine Zunge führen und irgend ein Herz auf der linken Seite tragen. Gehen diese Menschen so ohne Weiteres als glebae adscripti, sind die auch Anhängsel? Und wenn diese Menschen sich gerade als die besten und wärmsten Deutschen, als die entschiedensten Gegner des Franzthums bewiesen hätten? Um Antwort wird gebeten und zwar von der Seite, welche uns seit Jahren so viel Antwort gab, ohne daß eine Frage gestellt worden, welche uns über unser Schicksal weit über Wunsch und Verlangen im Voraus belehrte. Und wollen nicht die Menschen, die zufällig auf jenen 40 Quadrastunden wohnen, auch ein Wörtchen verlauten lassen? Denn daß gerade diese Menschen sich als carboni adscripti betrachten sollten, will uns nach

Orts- und Sachkenntniß bis jetzt nicht ein.“ Vage Gerüchte verlegen dies sogenannte „industrielle Unternehmen“ bisher bald nach Schweden, bald nach Rheinbatern.

Der „Constitutionnel“ beharrt auf seiner früheren Mittheilung, daß ein Complex von Kohlenruben an der Küste der Nordsee erworben worden sei.

Nach einem Pariser Telegramm der „Presse“ vom 14. d. liegen die Kohlenruben, deren Ankauf der französischen Regierung angetragen wurde, in Rheinbatern; Bremerhaven ist die SeeStation, von welcher die französischen Journale sprachen.

Die finanziellen Pläne des Turiner Ministeriums, wie sie früher bei ähnlichen Anlässen, als die jetzigen trotz alles Protestirens der Geistlichkeit dagegen zur Ausführung kamen, wecken in Rom im Hinblick auf die Operationen des Herrn Sella große Besorgniß. Sollte es zur radicalen Secularisirung des gesammten immobilien Kirchenguts, nicht allein principell, sondern auch thatsächlich kommen und damit zu einer Obercontrole des die administrende Geistlichkeit beaufsichtigenden Staates, so liegt, wie verlautet, für diesen Fall in der Congregation über Bischöfe und Ordensgeistliche eine Encyclika an den italienischen Episcopat bereit, wodurch dem Clerus auch für die neue Wendung nur passiver Widerstand zur Aufgabe seines Verhaltens gemacht wird, da der Papst selber bei einer außerordentlichen Gelegenheit nochmals mit einem feierlichen Protest im Namen der abgechiedenen Erblasser des kirchlichen Besitzthums wie der lebenden rechtmäßigen canonischen Verwalter mit einem feierlichen Bese, Seitens der Kirche aber mit dem Interdict dagegen hervorzutreten entschlossen ist.

Der Schweizer Nationalrath hat die Verathung über die Flaggenfrage auf die Sitzung im Juli verschoben. Der Bundesth wurde beauftragt in zwischen mit den Seemächten zur Sicherung der unbeschwornten Ausübung des Flaggenrechtes für die Eidgenossenschaft zu unterhandeln.

Die Pforte hat den Antrag zur Bildung einer Commission von Vertretern der Großmächte angenommen, um die Donau-Polizei unter internationale Bewachung zu stellen.

Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ sind die französisch-preussischen Verhandlungen bezüglich des Vertrages vom 2. August 1862 zum Abschluß gekommen. Ein protocollarisches Abkommen sei am 14. d. im Ministerium des Aeußeren unterzeichnet worden.

In Bezug auf das preussisch-französische Protocol wegen des Zollvereins, meldet ein Berliner Telegramm der „Fr. P.-Z.“: Die kleinen Wünsche Süddeutschlands sind größtentheils erfüllt; bezüglich Art. 31 des Handelsvertrages hat Frankreich nicht nachgegeben.

II Krafaus, 16. December.

Die „LeMBERGER ZEITUNG“ vom 14. December bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Tarnopol und Sambor im Monate November 1864 erfolgten und rechtskräftig gewordenen Aburtheilungen.

3. Bei dem k. k. Kreisgerichte zu Tarnopol. Wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 66 C. St. G. B. oder §. 343 M. St. G. B. 1. Leonhard Graf Piniński aus Lemberg, 40 J. alt, verheirathet, Gutsbesitzer, und — 2. Andreas Juhre aus Alt-Medowitz in Preußen, 64 J. alt, verh., Güterverwalter, bei Verfall der säkularisirten Anstaltungsgegenstände, und — 3. Felix Szyzłowski aus Latowka, 23 J. alt, ledig, Bedienter, alle 3 wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel, ab instantia freigesprochen. — 4. Simon Jakimiec aus Strussow, 35 J. alt, ledig, ohne Beschäftigung, wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel, ab instantia freigesprochen, wegen der Uebertretung gegen die öffentlichen Anstalten und Vorkehrungen (320 litt. e C. St. G.) zu 8tägigem strengen Arreste. — 5. Wasyl Kolomyjec aus Grzymalów, 43 J. alt, verh., Grundwirth, zu 4wöch. durch wöchentlich 1mal. Fasten verschärften Kerker.

Wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit (§. 81 C. oder 358 M. St. G. B.).

6. Demystro Blyzeczal aus Czortkow, 51 J. alt, verh., Grundwirth, zu 6wöch. Kerker. — Carl Nowicki aus Czortkow, 33 J. alt, verh., Grundwirth, zu 4wöch. Kerker. Wegen Vergehens gegen öffentliche Anstalten und Vorkehrungen (§§. 312 und 314 C. St. G. oder §§. 569 und 571 M. St. G. B.).

8. Peter Sopilnik aus Grodel, 45 J. alt, verheirathet, Grundwirth, — 9. Marym Sopilnik aus Grodel, 48 J. alt, verh., Grundwirth, und — 10. Stephan Guszowaty aus Grodel, 36 J. alt, verh., Grundwirth, jeder zu 3täg. Stockhausarrest. — 11. Andreas Sokol aus Palczynce, 40 J. alt, verh., Grundwirth, und — 12. Paul Salak aus Palczynce, 29 J. alt, verh., Tagelöhner, jeder zu 14täg. Stockhausarrest. — 13. Michael Bastawny aus Laslowce,

37 J. alt, verh., Grundwirth, zu 4täg. Stockhausarrest. — 14. Jk Hycyl aus Pilawa, 30 J. alt, verh., Grundwirthsohn, zu 3wöch. Stockhausarrest. — 15. Hryń Hycyl aus Czarnolesce, 58 J. alt, verh., Grundwirth, und — 16. Baruch Schiffmann aus Janow, 28 J. alt, verh., Tagelöhner, beide wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel ab instantia losgesprochen. — 17. Michael Mamona aus Glesboezel, 50 J. alt, Witwer, Grundwirth, zu 8tägigem Stockhausarrest. — 18. Nachmann Hirschhorn aus Trembowla, 22 J. alt, verh., Tagelöhner, zu 4täg. Stockhausarrest. — 19. Baruch A. Friedmann aus Mikuláče, 24 J. alt, verh., ohne Beschäftigung, zu 1mon. Stockhausarrest. Wegen Uebertretung der Kundmachung vom 28. und 29. Februar 1864.

20. Wilhelm Prohaska aus Lobitzhau in Mähren, 60 J. alt, Witwer, beeideter Privatförster, gänzlich losgesprochen und schuldig erklärt. — 21. Peter Posuchowski aus Petylow, 80 J. alt, verh., Grundwirth, nebst Verfall der Waffe, zu 8täg. Stockhausarrest. — 22. Johann Hattewicz aus Hiltow, 18 J. alt, ledig, Dienstknecht, nebst Verfall der Waffe zu 1täg. Stockhausarrest. — 23. Macko Djima, recte Hryc Romanczuk aus Bzaráz 50 J. alt, verh., Grundwirth, bei Verfall der Waffe wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel ab instantia losgesprochen. — 24. Paul Sztyński aus Lulca in der Türkei, 34 J. alt, ledig, Dienstknecht, zu 2mon. Stockhausarrest verurtheilt, die Strafe jedoch als in der Voruntersuchungshaft ausgestanden angesehen.

4. Beim k. k. Kriegsgerichte zu Sambor. Wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

1. Stanislaus Stálicz aus Starafos, 28 J. alt, ledig, Schneidergeselle, zu 12wöch. Kerker, verschärft durch 1mal. Fasten. — 2. Peter Stachiewicz aus Lubich, 44 J. alt, verh., Vater von 5 Kindern, Güterverwalter in Nowosiółki zu 2wöch. Kerker, versch. durch 1mal. Fasten. — 3. Wincenty Gmurawicz aus Czarnosowice, 53 J. alt, Witwer, Vater von drei Kindern, Güterverwalter in Solobutow, zu 3mon. Kerker, versch. durch wöchentl. 1mal. Fasten.

Wegen Vergehens gegen öffentliche Anstalten und Vorschriften.

4. Johann Durlalec aus Gzulew, 63 J. alt, verh., Vater von 4 Kindern, Grundwirth, zu 4stünd. Arrest. — 5. Moses Feldmann aus Struj, 23 J. alt, ledig, Bäcker, zu 10täg. Arrest, verschärft durch 2mal. Fasten. — 6. Michael Gerezal aus Kobló stave, 23 J. alt, ledig, Dienstknecht, wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel ab instantia losgesprochen. — 7. Demko Geczy aus Torhanowice, 18 J. alt, ledig, Grundwirthsohn, erschwert durch das Vergehen der Sicherheit des Eigenthums und der Ehre (§. 732 und 769, zu 5täg. Arrest, verschärft durch 2mal. Fasten. — 8. Peter Geyn aus Torhanowice, 48 J. alt, verheiratet, Vater 1 Kindes, Grundwirth, erschwert durch Mitschuld an Vergehen gegen die Sicherheit des Eigenthums und durch das Vergehen gegen die Sicherheit der Ehre (§. 732 und 769), zu 8täg. Arrest, verschärft durch 2mal. Fasten. — 9. Olexa Andryszak aus Perehishce, 46 J. alt, verh., Grundwirth, zu 8täg. Arrest, verschärft durch 2mal. Fasten. — 10. Iwan Huzko aus Perehishce, 35 J. alt, verh., Vater von 5 Kindern, Grundwirth, zu 3täg. Arrest, versch. durch 1mal. Fasten. — 11. Jurko Huzko aus Perehishce, 40 J. alt, verh., Grundbesitzer zu 4täg. Arrest, versch. durch 1mal. Fasten. — 12. Maria Fedoryzyc aus Dschowa, 30 J. alt, verh., Mutter von 4 Kindern, Grundbesitzerin, wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel ab inst. losgesprochen. — 13. Stepan Mańko aus Kruczyki, 33 J. alt, verh., Vater von 5 Kindern, Grundwirth, zu 14täg. Arrest, erschwert durch 2mal. Fasten. — 14. Senko Sawruh aus Kruczyki, 41 J. alt, verh., Grundwirth, Vater von drei Kindern, zu 8täg. Arrest, verschärft durch 2mal. Fasten. — 15. Olexa Pawyrow aus Dolzka, 38 J. alt, verh., Vater von drei Kindern, Grundwirth, zu 8tägigem Arrest, verschärft durch 2mal. Fasten.

Wegen Uebertretung der Kundmachung vom 28. Februar 1864

16. Chaje Reich aus Struj, 28 J. alt, verheiratet, Mutter von 4 Kindern, gewesene Schänkerin, nebst Verfall des Gewerbes zu 6 st. öftr. Wägr. oder 2 Tage Arrest, im Gnadenwege jedoch wurde die Strafe gänzlich nachgesehen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Ausschuss zur Verathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung einiger Paragraphen des Musterungsgesetzes, hat die Regierungsvorlage zum Theile angenommen, zum Theile aber abgelehnt. Angenommen wurden §. 4 in der Fassung von der Regierung proponirten Fassung, wonach die ausschließliche Bewährung höchstens drei Jahre vom Zeitpunkt der Registrierung des Musteris dauern, es den Ehrgewerbern überlassen werden solle, innerhalb dieses Zeitraumes die Anzahl der Dauer der Ehrgewerbe zu wählen und eine Verlängerung der einmal ausgeprochenen und bewilligten Zeitdauer nicht stattfinden solle; ferner §. 6, nach welchem die Registrationsgebühren mit 50 kr. für jedes Jahr, insofern der Ehrgewerber, bemessen wird. Abgelehnt hingegen wurden die Abänderungen der Paragraphen 9 und 11, welche nach Ansicht des Ausschusses in der gegenwärtigen Fassung beibehalten werden sollen.

Auch der Ausschuss zur Verathung der Verträge über die in den österreichischen Häfen zu zahlenden Schiffsabgaben hat seine Aufgabe bereits gelöst. In Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage hat der Ausschuss die ganz kleinen Schiffe bis zu zehn Tonnen von der Zahlung der Tonnen- und Regiments-Gebühren völlig erimirt, einigen Schiffen der Kategorie von 11 bis 20 Tonnen Erleichterungen in der Entrichtung der Tonnen- und Regiments-Gebühren gewährt, und hinsichtlich der Tonnengebühren statt der früheren dreitheiligen die fünftheilige Scala angenommen. Die Tonnengebühr beträgt nach der vom Aus-

schusse festgestellten Scala für einheimische und diesen gleichgestellte fremde Schiffe im Gehalte von 11 bis einschließlich 50 Tonnen 4 Kkr. für jede Tonne; von 51 bis einschließlich 100 Tonnen 7 Kkr.; von 101 bis einschließlich 200 Tonnen 12 Kkr.; von 201 bis einschließlich 400 Tonnen 15 Kkr., und von mehr als 400 Tonnen 20 Kkr. für jede Tonne; endlich für fremde, den einheimischen nicht gleichgestellte Fahrzeuge ohne Unterschied der Tragfähigkeit 1 fl. 10 Kkr. für jede Tonne. Das neue Gesetz soll mit 1. März 1865 in Wirksamkeit treten. Zum Berichterstatter im Hause hat der Ausschuss den Abgeordneten Hagenauer gewählt.

Im Ausschusse, welcher eingesetzt wurde, um die Verträge hinsichtlich des Baues der siebenbürgischen Eisenbahn zu prüfen, kam der Umstand, daß die Regierung, ohne vorher die Genehmigung des Reichsraths erhalten zu haben, den Bau der Eisenbahnstrecke Arad-Alvincy-Karlsburg in Angriff nehmen ließ, bereits in der ersten der Verathung des Gegenstandes gewidmeten Sitzung, zur Sprache und wurde sehr lebhaft erörtert. Die Entscheidung des Ausschusses in dieser Richtung wird wol von den Ausschüssen des Herrn Finanzministers und des Leiters des Handelsministeriums abhängen, die zu diesem Behufe für die nächste Sitzung eingeladen worden sind. Jedenfalls aber scheint die Nothwendigkeit eines neuen Eisenbahn-Concessions-Gesetzes — welches dem Reichsrathe den gebührenden Einfluß bei Ertheilung neuer Linien sichert — im Ausschusse lebhaft gefühlt zu werden, und der Ausschuss wird nicht ermangeln, dieselbe neuerdings zu betonen. Auch noch über andere Punkte werden die Vorstände der beiden obgenannten Ministerien Auskünfte zu ertheilen haben, so über das mit der Creditanstalt und Spherrisenbahn-Gesellschaft wegen Führung jenes Baues geschlossene Uebereinkommen, über den Stand der Verhandlungen, welche mit der moldo-walachischen Regierung in Bezug auf den Anschluß an die walachische Bahn eingeleitet worden sind, dann über die Wahl der Trasse selbst. Nicht wenige Mitglieder des Ausschusses scheinen dem Projecte, die Bahn von Alvincy nach Hermannstadt zu führen, überhaupt abgeneigt zu sein.

Vorgestern hielt der Finanz-Ausschuss Sitzung. Er nahm den Bericht des Subcomités entgegen, welches den Rechnungsabluß für 1862 zu prüfen hat. Dieses Subcomité hatte nämlich die Anfrage an den Ausschuss, ob es in der Prüfung des Rechnungsabchlusses fortfahren solle, wiewohl ein Ausweis über die Passiv-Rückstände nicht vorliege. Unter Passiv-Rückständen sind nämlich jene Ausgabeposten zu verstehen, welche im Finanzgesetze präliminirt, auch wirklich gemacht, aber noch nicht bezahlt sind. Ohne diese Posten zu kennen, erklärte das Subcomité, sei eine eigentliche Prüfung des Rechnungsabchlusses aber nicht möglich. Der Finanzminister gestand zu, daß der Rechnungsabweis in der gewöhnlichen Weise ergänzt werden müsse. Vor der Hand sei dies aber schwierig, da eine Rechnungslegung in dieser Richtung nicht üblich war. Dagegen beantragte, das Haus über diesen Inzidenzfall zu vernehmen. Der Ausschuss ging auf diesen Antrag im Wesentlichen ein, als der Finanzminister die Zustimmung ertheilte, er werde das Mögliche thun, um wenigstens annäherungsweise über diese Posten Auskunft zu ertheilen.

„P. Naplo“ arbeit sich über die ungarische Frage in einer Weise, welche wenig Aussicht auf einen nahen Ausgleich bietet. „P. Naplo“ tritt der von einem Wiener Blatt ausgesprochenen Ansicht entgegen, daß die Adreßdebatte der Ausgleichsangelegenheit geschadet habe, indem nun Ungarn auf das zuvorkommende Urtheil Wiens nimmer antworten werde, es könne warten und indem die Durchführung der Februarverfassung in Ungarn jetzt schwerer sein werde.

„P. Naplo“ erwidert hierauf: Ungarn hat auf das zuvorkommende Urtheil des Reichsraths nicht allein nicht geantwortet, es könne warten, sondern es hat diese Zuverlässigkeit mit ausdrücklicher Vergleichheit aufgenommen, indem daß es bekannt war und ist, daß diese Zuverlässigkeit eben noch keine Garantie eines unabweislichen Erfolges ist. — Ungarn hat nie gelagt, es wolle warten, es werde aus Laune oder Trug warten, — sondern nur es könne warten, wenn es sein mag, das heißt, sein Pflichtgefühl sei stark genug dazu, daß es diese bittere Nothwendigkeit mit männlicher Offenheit tragen könne; aber daß diese Nothwendigkeit bitter, suchte es auch damals, als es das mattberzige Klagen und Seufzen unter seiner Würde hielt. Was die andere Vergleichheit anbelangt, daß die Durchführung der Februarverfassung in Ungarn jetzt schwerer sein wird als früher, darauf fragen wir nur: Ist denn von der einfachen Durchführung der Februarverfassung die Rede? Wenn es sich darum handelt, so können wir unsern Wiener Collegen versichern, daß diese Durchführung nach der Adreßdebatte nicht schwerer ist, so wie sie ohne Debatte nicht leichter gewesen wäre, als vor einem, zwei, drei Jahren. — Aber die Mehrheit der Regierungsvorläufer spricht ja nicht von der Durchführung der Februarverfassung, sondern von „Ausgleich“ und versichert wiederholt, daß die Regierung nicht abgeneigt wäre, Concessionen bis zu einem gewissen Maße zu machen, wenn nur die Nation zu gleicher Bereitwilligkeit geneigt ist. Wenn nun zwei Parteien sich einigen wollen, so muß damit begonnen werden, daß jede ihren Standpunkt einnehme, nicht um in einem fort dort zu bleiben, sondern um von dort aus sich der anderen Partei zu nähern. Nach der Natur der Dinge kann also das Programm, mit welchem die Regierung vor den Landtag treten wird, nicht ihr letztes, sondern ihr erstes Wort sein. Wie stellt sich nun unser geehrter Colleague das Programm vor, auf dessen Grund nach seiner Meinung vor Einberufung des Landtages eine Regierungspartei gebildet werden müßte? Meint er jenes Programm, mit welchem die Regierung gleich anfangs aufzutreten wird.

Aber davon — wenn überhaupt von einem „Ausgleich“ die Rede ist — weiß doch Jedermann, daß es mehr oder weniger wesentliche Modificationen erleiden muß, wenn es den Charakter des sic volo, sic jubeo hat, so ist jede Unterhandlung überflüssig. Dann waren wir wieder dort, wo wir seit vierzehn Jahren sind; dieses Resultat aber findet selbst der Herr Staatsminister nicht wünschenswerth. — Auf Grund eines Programmes jedoch, dessen Abänderlichkeit schon im Vorhinein eingestanden ist, kann man keine Partei gestalten. Aber, meint das Wiener Blatt, dasjenige Programm, welches sich aus den gegenseitigen Unterhandlungen entwickeln wird, dieses kennt ja noch Niemand, denn auf diese Entwicklung wird ja noch der andere Factor, die Vertretung der Nation, von mächtigem Einfluß sein. Also weder das Originalprogramm noch das sich später entwickelnde Programm ist die Basis, auf welcher man eine Regierungspartei bilden kann und ein Drittes gibt es nicht. Wohl gibt es noch eine Möglichkeit, wenn man unter „Regierungspartei“ eine solche versteht will, welche nicht auf Grund eines bestimmten Programms sich bildet, sondern auf Grund der Bereitwilligkeit durch Dick und Dünn zu folgen. Das ist aber keine politische Partei, sondern eine Gruppe freiwilliger Individuen. Schließlich noch die kurze Ausrufung eines Mißverständnisses. Das in Rede stehende ministerielle Blatt meint der Meinung zu sein, als ob man in Ungarn den Sturz eines oder des anderen Ministers, die Erhebung dieses oder jenes Oppositionsmitgliedes wünschte. Das ist ein großer Irrthum. Denn wir mischen uns nie in die Angelegenheiten jenseits der Leitha, obwohl wir von ganzem Herzen wünschen, daß die Völker sich des größten Maßes materiellen und geistigen Wohles, der Zufriedenheit und der politischen Freiheit erfreuen mögen. Auf welchem Wege und mit Hilfe welcher Persönlichkeiten sie das am besten erreichbar glauben, ist gleichgültig. Andere eigene Angelegenheit muß, wie wir öfter gesagt haben, zwischen der Krone und der Nation erledigt werden; die Wünsche der Nation verdelmeischen wir nach unserem besten Wissen und Gewissen: was jedoch die Krone anbelangt, so wurzelt die constitutionelle Meinung in uns zu tief, als daß wir es für passend hielten, die Frage zu discutiren, wessen Diadem die Krone sich bedienen soll oder nicht, wessen Aufsicht die Krone besetze oder nicht, wenn sie sich einmal entschlossen hat, in der Einigung mit Ungarn die Initiative zu ergreifen.

Die offizielle Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein vom 14. d. bringt einen Erlaß der Civilcommissare, wonach das schleswig-holsteinische Telegraphenwesen unter Leitung des Obergenspectors Richter mit dem Amtssitz in Kiel gemeinsam geführt werden soll. Seit mehreren Tagen, schreibt man aus Altona, passiren bedeutende Sendungen preussischer Militär-Escorten von Hamburg kommend, die Stadt und ge-

hen mit der Eisenbahn nordwärts weiter. Abermals sind mehrere dänische Offiziere hier durchgekommen, welche sich wie ihre Vorgänger nach Nordamerika wenden, um daselbst Dienste zu suchen. Der Termin für die Eröffnung des preussischen Landtages ist noch nicht festgesetzt. Die „Kreuz-Bl.“ läßt sich aus Gotha melden: Der Umweg, den die sächsischen Truppen gemacht haben, kostet einige 50.000 Thaler. Das Berliner „Neue Allgemeine Volksblatt“ schlägt vor, die Regierung solle auf Grund des Artikels 55 der Verfassung die Kammer zur Zustimmung zu Artikel 3 des Friedensvertrages auffordern. Die Regierung und das Volk seien einig; die Kammer habe also die Wahl, diese Einigkeit zu vollenden oder sich zu isoliren. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ polemisiert gegen ein reactionäres Blatt, welches die Anstellungen politischer Conventen getadelt hatte, und sagt, die Regierung sei conservativ, aber keine Regierung der conservativen Partei.

Frankreich.

Paris, 13. Dec. Das Leichenbegängniß Mlocquard's hat gestern mit allem Pomp stattgefunden, der bei dem Freund und Vertrauten des Kaisers zu erwarten war. Das Leichenbegängniß war von dem Minister des kaiserlichen Hauses, Marschall Bailant, veranstaltet worden. Am Grabe ergriff der Marschall das Wort, um den Werth und die Verdienste des Verstorbenen zu preisen. „Er war der Freund des Kaisers“, schloß er mit Thränen in den Augen. Nach Bailant hielt Vicomte de Laguerrière eine Lobrede auf Mlocquard, die er mit den Worten schloß: „Der Berewigte hat begriffen, daß es noch etwas Schöneres gibt, denn als Philosoph zu leben, das ist als Christ zu sterben.“

Des väterlichsten Regiments erfreut sich wohl unter allen das Corrèze-Departement, dessen Praefect in einer 33 Artikel begreifenden Verordnung das innere Wirthschaftsleben seiner Unterthanen zu reglementiren und gleichzeitig zu verschönern und zu veredeln sucht. Es muß fortan in diesem glücklichen Departement jedes Wirthshaus wenigstens 2 Meter 50 Centimeter hoch sein und eine Grundfläche von wenigstens 25 Quadratmeter besitzen. Auch dürfen zur Erhöhung des sittlichen Frohsinns keine ungetemperten Kieder in diesen Localen gesungen werden. Damit aber die Verschönerung durch alle diese Reformen nicht zu groß werde, dürfen keine stränge, Zweige u. d. d. und andere Symbole des Bacchuseultus mehr auf der Straße ausgehängt werden; dagegen ist aber den Wirthshausbesitzern, ihren societen Beruf durch Inschriften, deren Buchstaben mindestens 10 Centimeter hoch sein müssen, der Außenwelt kundzugeben, eine Maßregel, welche wesentlich zur Hebung des Volksunterrichtes in dem Corrèze-Departement beitragen wird. Ferner wird aber unerbilligt Jeder, der in gehobener Stimmung Lärm und öffentliches Aergerniß erregt, in „Polizeistuben, Violans genannt“, unterbracht. Allein — und das ist die Gefahr — der Herr Praefect wird auch Seden, der mehr trinkt, als er vertragen kann, selbst wenn er sich nicht gegen die öffentliche Ordnung verjündigt, schon des unchristlichen Trevels gegen die Mäßigkeit wegen, und den Wirth, der dazu die Hand, respective die Blase bietet, zuchtpolizeilich verfolgen lassen.

Schweiz.

Aus Basel wird berichtet, daß der Große Rath am 6. d. mit 33 gegen 24 Stimmen die Abschaffung der Kettenstrafe beschlossen habe. Die jetzt mit Ketten Behafteten sind derselben zu entledigen.

Am 13. d. hat in Genf der Proceß wegen der August-Unruhen begonnen.

Belgien.

Das Schreiben, welches, wie gestern erwähnt, der Intendant der königlichen Civilliste, Vicomte de Conaway, im Auftrage des Königs an den katholischen Decan in Brüssel gerichtet, ist vom 30. November 1864 datirt und lautet, wie folgt:

Herr Decan! Der König, welcher allen edlen Bemühungen der Wohlthätigkeit seinen Beifall zollt, hat mit Genugthuung die jüngste Begründung der „Association de St. Barbe“ vernommen, welche sich das Ziel gesetzt, die eifrigen Bestrebungen des Klerus zu unterstützen und den bedürftigen Classen Hilfe während ihrer Krankheit und nach ihrem Tode ein der christlichen Brüderlichkeit würdiges Todtenamt und ein Begräbniß von religiösem Charakter zu verschaffen. In dieser Richtung die evangelische Milde neu beleben, das ist die wahre Art und Weise, jenen unglücklichen Menschen zu antworten, welche, unter dem Vorwand der Civilisation und des Fortschritts, die Gesellschaft aus den Bahnen des Christenthums hinausstoßen wollen, auf die gewisse Gefahr hin, sie bald wieder in die Barbarei zurück verfallen zu sehen. Se. Majestät, indem sie diesem Liebeswerke eine directe Aufmunterung wollte angedeihen lassen, hat mich beauftragt, Herr Decan, eine Summe von tausend Francs Ihnen zur Verfügung zu stellen, die ich die Ehre habe, Ihnen beifolgend zu senden.

Großbritannien.

London, 7. December. Gestern fand die Verhandlung gegen Adolf Björnsen, einen Norweger, wegen Mordes auf offener See statt. Der Angeklagte war zweiter Steuermann auf einem Schiffe, welches im Mai d. J. London verließ, um nach Hongkong zu segeln. Zur Zeit der Mordthat befand es sich im Angesichte von Südamerika, 5 bis 6 Tagereisen von Pernambuco entfernt. In der Nacht vom 21. auf den 22. Juni hatte Björnsen die erste Nachtwache, und der Obersteuermann Peterjen ließ ihn um 8 Uhr auf dem Deck allein zurück. Um 9 Uhr wurde Peterjen durch ein Geräusch, das aus der Kajüte des Capitáns zu kommen schien, erweckt; er sprang aus seiner Hängematte und erblickte den Angeklagten mit einer Pistole in der Hand, mit dem Capitán ringend, der sich zugleich gegen ihn wandte und die Pistole abdrückte. Zum Glück verjagte der Schütz und Peterjen eilte aufs Verdeck. Björnsen folgte ihm dahin und schritt in großer Aufregung daselbst auf und ab. Befragt über die Ursache seines Zornes, gab er an, daß der Capitán ihn ermorden wollte. Bald darauf kam auch der Capitán und rief der bestürzt

Deutschland.

Das offizielle Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein vom 14. d. bringt einen Erlaß der Civilcommissare, wonach das schleswig-holsteinische Telegraphenwesen unter Leitung des Obergenspectors Richter mit dem Amtssitz in Kiel gemeinsam geführt werden soll. Seit mehreren Tagen, schreibt man aus Altona, passiren bedeutende Sendungen preussischer Militär-Escorten von Hamburg kommend, die Stadt und ge-

Kundmachung. (1289. 1-3)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht in Straßburg als Präsidium... Das k. k. Landesgericht in Straßburg als Präsidium...

N. 30722. Kundmachung. (1279. 3)

Zur Befugung der an der Tarnower Unterrealschule... Zur Befugung der an der Tarnower Unterrealschule...

N. 21038. Edykt. (1280. 3)

C. kr. Sąd krajowy Krakowski uwiadamia p. Władysława Skrzyńskiego... C. kr. Sąd krajowy Krakowski uwiadamia p. Władysława Skrzyńskiego...

N. 20241. Edykt. (1287. 2-3)

Celem zaspokojenia sumy 2475 złp. z przynależnościami... Celem zaspokojenia sumy 2475 złp. z przynależnościami...

Nr. 34814. Concurs-Ausschreibung (1281. 3)

Am städtischen Untergymnasium in Kołomea... Am städtischen Untergymnasium in Kołomea...

doreczoną nie została, na ręce kuratora p. Adw. N. 2853. Dra Schönborna z substytucją p. Adw. Dra Witskiego im ustanowionego i przez edykta. Kraków, 21 Listopada 1864.

L. 21483. Edykt. (1288. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski uwiadamia niniejszym p. Władysława Skrzyńskiego i p. Zuzannę Skrzyńską... C. k. Sąd krajowy Krakowski uwiadamia niniejszym p. Władysława Skrzyńskiego i p. Zuzannę Skrzyńską...

Nr. 10073. Kundmachung. (1282. 2-3)

Zur provisorischen Befugung der bei dem Kentyer Stadtmagistrate... Zur provisorischen Befugung der bei dem Kentyer Stadtmagistrate...

Nr. 12351. Kundmachung. (1283. 2-3)

Am 20. Dezember 1864 tritt in dem Orte Jezierzany eine k. k. Postexpedition ins Leben... Am 20. Dezember 1864 tritt in dem Orte Jezierzany eine k. k. Postexpedition ins Leben...

Nr. 12376. Concurs. (1277. 3)

Bei der k. k. Post-Expedition Dąbrowa ist die Postexpeditionstelle zu besetzen... Bei der k. k. Post-Expedition Dąbrowa ist die Postexpeditionstelle zu besetzen...

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 7 columns: Tag, Barom. Höhe auf in Paris, Linie, Temp., Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Veränderung der Wärme im Laufe des Tages.

Edykt. (1285. 2-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego w Żywcu podaje się do wiadomości, iż w dniu 5 Grudnia 1840 zmarł we wsi Jelesni Maciej Szewczyk... Ze strony c. k. Urzędu powiatowego w Żywcu podaje się do wiadomości, iż w dniu 5 Grudnia 1840 zmarł we wsi Jelesni Maciej Szewczyk...

Nr. 14856. Edict. (1284. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird bekannt gemacht, es werde im weiteren Executionszuge der hiergerichtlichen rechtskräftigen Zahlungsaufgabe vom 25. Juni 1863... Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird bekannt gemacht, es werde im weiteren Executionszuge der hiergerichtlichen rechtskräftigen Zahlungsaufgabe vom 25. Juni 1863...

Als Auktionspreis wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert dieser Güter im Betrage von 115.615 fl. 42 2/3 kr. angenommen... Als Auktionspreis wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert dieser Güter im Betrage von 115.615 fl. 42 2/3 kr. angenommen...

Nr. 12376. Concurs. (1277. 3)

Bei der k. k. Post-Expedition Dąbrowa ist die Postexpeditionstelle zu besetzen... Bei der k. k. Post-Expedition Dąbrowa ist die Postexpeditionstelle zu besetzen...

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 7 columns: Tag, Barom. Höhe auf in Paris, Linie, Temp., Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Veränderung der Wärme im Laufe des Tages.

botensfahrten auf der Strecke Dąbrowa, Zabno und für die ganze Route Dąbrowa, Zabno, Tarnow et retour anzudeuten ist. Bei sonst gleichen Verhältnissen erhält jener Bewerber den Vorzug, welcher für die Postbeförderung die geringste Forderung stellt...

Heilung der Lungentuberculose

auf durchaus natürlichem Wege, ohne alle innerliche Medicamente. Die Anleitung dazu auf frankirte Briefe an Herrn F. Schlotmann in Coburg (Herzogth. Sachsen). 1234.3-4

Wiener Börse-Bericht

Table with 3 columns: Description of securities, Price, and another column. Includes entries like 'Öffentliche Schuld', 'National-Anleihen', 'Metalliques', etc.

Handbriefe

Table with 3 columns: Description of securities, Price, and another column. Includes entries like 'Nationalbank', 'Gredit-Anstalt', 'Niederösterreich', etc.

Wochenscheine

Table with 3 columns: Description of securities, Price, and another column. Includes entries like 'Nationalbank', 'Gredit-Anstalt', 'Niederösterreich', etc.

Wochenscheine

Table with 3 columns: Description of securities, Price, and another column. Includes entries like 'Nationalbank', 'Gredit-Anstalt', 'Niederösterreich', etc.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

Table with 2 columns: Abgang (Departure) and Ankunft (Arrival) details for various routes and stations.